

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/18

Bonn, den 27. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Der zweite Versuch</u> Deutsch-jugoslawische Kulturabkommen Von G. Kahr-Ackermann, MdB	68
2	<u>Anerkennung für einen aufrechten Demokraten</u> Anlässlich des 70. Geburtstages von Dr. G. Kahr-Ackermann Von G. Kahr-Ackermann, MdB	22
3 - 4	<u>Ausverkauf an Spekulanten?</u> Erholungsgebiete müssen für die Bürger gesichert werden Von Georg Kronawitter, MdL, Bayern	60
5 - 6	<u>Brennpunkt Bretagne</u> Zunahme der separatistischen Aktivitäten Von Georg Scheuer, Paris	88

Der zweite Versuch

Deutsch-jugoslawische Kulturabkommen

Von G. Kahn-Ackermann, MdB

Die am vergangenen Wochenende in Belgrad paraphierten Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien sind der zweite Versuch einer deutschen Bundesregierung, die zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen zu einem kommunistischen Staat auf vertraglicher Basis zu regeln. Dem ersten Abkommen, mit dem für uns bedeutsamsten kommunistischen Staat, der Sowjetunion, war bekanntlich keine lange Dauer beschieden. Doch hat die Erkenntnis des unvermindert großen Interesses des kommunistischen Ostens und Südostens an der deutschen Sprache, am kulturellen Leben in der Bundesrepublik und an der für alle kommunistischen Staaten, vornehmlich aber Polen und die CSSR, starken internationalen Mittlerrolle der Bundesrepublik im kulturellen Bereich, die Bundesregierung wünschen lassen, den Kulturaustausch mit Osteuropa gegen "Betriebsunfälle" in der Tagespolitik abzusichern, ohne ihn dabei als Ausdruck betont freundschaftlicher Beziehungen zu charakterisieren. - Im Falle Jugoslawiens kam das Bestreben beider Seiten hinzu, auch der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen dem Verhältnis Jugoslawiens und der Bundesrepublik eine besondere Qualität zu verleihen.

Wie bei den meisten Staaten, zu denen die Bundesrepublik besonders rege und intensive Kulturbeziehungen unterhält, schien es auf Antrieb auch bei Jugoslawien, als ob ein besonderes Kulturabkommen überhaupt nicht erforderlich sei. Schon vor Jahren hat sich ein reges und interessantes Verhältnis zwischen den jugoslawischen und deutschen Hochschulen angebahnt. Über Humboldt- und Friedrich-Ebert-Stiftung hatte der Austausch von jungen Wissenschaftlern und Hochbegabten ein bemerkenswertes Ausmaß erreicht. Schöngeistige und politische Literatur Jugoslawiens haben seit Jahren in der Bundesrepublik eine nahezu ebenso selbstverständliche Heimstatt und Verbreitung wie in Wien und anderen geistigen Zentren Österreichs. Trotzdem traf Außenminister Brandt bei seinem Besuch in Belgrad im vergangenen Jahr auf reges Interesse, als er den Abschluß eines Kulturabkommens zwischen den beiden Ländern anregte, die historisch sehr enge kulturelle Bindungen besitzen und deren wirtschaftliche Beziehungen seit einer Reihe von Jahren für die Republik an der Adria von besonderer Bedeutung sind.

Der Wunsch der Bundesrepublik, in Jugoslawien originäre Goetheinstitut zu errichten, scheiterte freilich an gesetzlichen Bestimmungen. Wie in allen anderen kommunistischen Staaten gibt es keine Basis für die Errichtung ausländischer Kulturinstitute mit Sprachkursen. So vermochte auch das Herder-Institut der DDR in Belgrad nicht Fuß zu fassen. Die jetzt paraphierten Abkommen beinhalten zwei wichtige Vereinbarungen:

- 1.) Kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
- 2.) Errichtung von Informationszentren der Bundesrepublik in Jugoslawien; vorgesehen sind Zagreb und Belgrad.

Daß dies auch die Möglichkeit eines verstärkten Austausches von deutschen und jugoslawischen Sprachlektoren an den Universitäten beider

Länder erleichtert, ist wohl selbstverständlich.

Wenn die Kulturabkommen überdies eine breitere Anfangsbasis für die schon bestehenden allerdings recht bescheidenen Abmachungen über eine längerfristige Subventionierung des deutschen Buch- und Zeitschriftenexports ergeben, so wäre dies sehr zu begrüßen. Die bestehenden mit dem Segen der jugoslawischen wie der deutschen Regierung versehenen Abmachungen reichen nämlich nach wie vor nicht für die Versorgung mit deutschen Büchern zu erschwinglichen Preisen in einem Land aus, in dem das Interesse sowohl an wissenschaftlicher wie an schöngeistiger deutscher Literatur sehr stark zunimmt.

Es ist eine alte Weisheit, daß jedes Kulturabkommen soviel wert ist, wie die daran beteiligten Regierungen bereit sind, Budgetmittel zu ihrer Erfüllung einzusetzen. Gerade wegen der großen Zahl jugoslawischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik und der riesigen Heerschar deutscher Feriengäste, von denen die meisten von einer großen Zuneigung und Begeisterung für das Gastland erfüllt sind, wäre zu wünschen, daß die Bundesregierung gerade diese Konsequenz aus einem ersten "klassischen" Kulturabkommen mit einem kommunistischen Staat großzügig beherzigt.

Bei den jetzt in Belgrad paraphierten Abkommen war auf deutscher Seite Ministerialdirektor Dr. Luitpold Werz und auf jugoslawischer Seite Botschafter Djuro Nincin Delegationsleiter. Wegen der besonderen Bedeutung der Abkommen hat sich Bundesaußenminister Willy Brandt die persönliche Unterzeichnung vorbehalten.

+ + +

Anerkennung für einen aufrichtigen Demokraten

Dr. Basil Mathiopoulos zum Vorsitzenden des Vereins
der Auslandspresse in Bonn gewählt

sp - Der Verein der Auslandspresse in Bonn wählte am vergangenen Wochenende den 41-jährigen griechischen Journalisten Dr. Basil Mathiopoulos mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden. Dr. Mathiopoulos lebt seit 1951 in Bonn, promovierte an der Bonner Universität bei Professor Dr. Ludwig Bergsträsser zum Dr. jur. und arbeitete bis zum Militärputsch in Griechenland für namhafte griechische Zeitungen, sowie von 1963 - 1965 für die griechische Nachrichtenagentur AP. 1967, kurz nach Erscheinen seines in der ganzen Welt bekannt gewordenen Buches "Athen brennt" wurde Dr. Mathiopoulos von der Militärjunta seiner griechischen Staatsbürgerschaft verlustig erklärt und von der Mitarbeit an griechischen Zeitungen ausgeschlossen. Dr. Mathiopoulos ist in Journalistenkreisen als aufrechter Demokrat bekannt; aus Gewissensgründen hat er es abgelehnt, seine journalistischen Fähigkeiten in den Dienst der heute in Griechenland zensurierten Zeitungen zu stellen. Als Kenner der Verhältnisse in Griechenland ist Dr. Mathiopoulos zurzeit für zahlreiche deutsche, französische, englische und schweizer Zeitungen sowie für mehrere Rundfunkanstalten als Kommentator tätig; seit vielen Jahren auch für den SPD-Pressedienst. Die Wahl von Dr. Mathiopoulos zum Vorsitzenden des Vereins der Auslandspresse in Bonn kann ohne Zweifel u.a. auch als Anerkennung für seine wirkungsvolle publizistische Arbeit zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Griechenland gewertet werden.

+ + +

Ausverkauf an Spekulanten?

Erholungsgebiete müssen für die Bürger gesichert werden

Von Georg Kronawitter, MdL, Bayern

Der Genuß der Natur und die Erholung sind im Artikel 141 der bayerischen Verfassung sichergestellt. Dafür hat Prof. Dr. Wilhelm Hoeger dankenswerterweise gesorgt.

Weniger Sorgen hat sich dagegen die bayerische Staatsregierung gemacht, diesen Auftrag auch zu erfüllen.

Von Jahr zu Jahr stellen wir ein steigendes Erholungsbedürfnis breiter Bevölkerungskreise fest. Die Voraussetzungen dazu sind auch gegeben: das verlängerte Wochenende, die Ausweitung des Urlaubs, die steigende Motorisierung. Unsere Bürger wollen hinaus aus der Dunstglocke und aus dem Lärm der Großstädte, wollen spazierengehen, wandern, baden, sich erholen. Dabei stoßen sie aber nur allzuoft auf überfüllte Parkplätze, auf Badestrände, wo sie wie Heringe aneinandergeschichtet liegen müssen, während häufig gleich nebenan große Seeufergrundstücke abgezäunt und mit dem Schild versehen sind: "Zutritt verboten, Privatbesitz!"

Vor allem in der Nähe der Großstädte fehlen zusammenhängende großräumige Erholungsflächen. Besonders übel sind wir daran mit unseren schönen bayerischen Seen. Der Großteil der Ufergrundstücke ist in der Hand einer kleinen privilegierten Schicht. Es ist höchste Zeit, daß der Ausverkauf der schönsten bayerischen Fleckerl an Spekulanten, an Multimillionäre und an Großindustrielle endlich zugunsten der erholungsbedürftigen Bevölkerung gestoppt wird. Es ist Aufgabe des Staates, den Auftrag in der Bayerischen Verfassung, der den Genuß der Naturschönheiten und der Erholung in der freien Natur für die gesamten Bürger garantiert, angemessen zu verwirklichen.

Weil hier bisher der Staat weitgehend versagt hat, waren vielfach Gemeinden, Landkreise und Städte zur Selbsthilfe gezwungen. Ich erinnere an den "Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete in

den Landkreisen um München e.V.", der in den letzten drei Jahren Vorbildliches geleistet hat. Die Initiative ist von Oberbürgermeister Dr. Vogel ausgegangen. Rund 2,5 Mill. DM wurden bis jetzt von der Stadt München, den sechs Landkreisen und einigen Gemeinden ausgegeben. Ein weiteres Beispiel ist das große Baderholungsgebiet Possenhofen, das ebenfalls von der Stadt München erschlossen worden ist.

Die Schaffung großer, überörtlicher Erholungsgebiete kann aber nicht auf die einzelnen Gemeinden und Landkreise abgewälzt werden. Sie ist zur zentralen Aufgabe unseres Staates geworden. Deshalb müssen möglichst schnell die planerischen, gesetzgeberischen und finanziellen Voraussetzungen für die Bereitstellung solcher Erholungsgebiete geschaffen werden.

Wieder einmal hat die bayerische SPD im Landtag die Initiative ergriffen. Der ersten aktuellen Stunde war auf unseren Vorschlag hin dieses Thema gewidmet. Jetzt haben wir drei Anträge vorgelegt, die zur Verwirklichung des Verfassungsauftrages im Artikel 141 beitragen sollen. In unserem ersten Antrag sehen wir einen Gesamtplan für überörtliche Erholungsgebiete in Bayern vor, der den Zeitraum bis zum Jahre 1975 erfassen soll. Damit kommen wir auf diesem Gebiet weg von allen Zufälligen und bekommen die letzten zusammenhängenden Erholungsflächen in den Griff. Im zweiten Antrag wollen wir die Zuschüsse zur Förderung des Naturschutzes und Erholungsgebieten auf 2 Mill. DM anheben. Bisher standen für diesen Zweck nur rd. 600.000 DM zur Verfügung. Damit sollen die Gemeinden für den Kauf von Erholungsgrundstücken und ihre Erschließung spürbare Zuschüsse erhalten können. Der dritte Antrag befaßt sich mit der Reinhaltung von Fließgewässern für Baderzwecke, weil wir feststellen müssen, daß die Verschmutzung unserer Seen und Flüsse sehr stark zugenommen hat.

Wir sind der Meinung, daß der bayerische Staat die Pflicht und Schuldigkeit hat, vorausschauend dem Erholungsbedürfnis seiner Bürger Rechnung zu tragen. Was heute verzögert, vertagt und verhindert wird, vervielfacht die Schwierigkeiten morgen.

+ - +

Brennpunkt Bretagne

Zusammen der separatistischen Aktivitäten.

Von Georg Scheuer, Paris

Nach langen und sorgfältigen Vorbereitungen besucht General de Gaulle am letzten Januartag und in den ersten beiden Februartagen die Bretagne. Der Staatspräsident will "den Puls der Provinz fühlen", ehe er das Datum für den geplanten Volksentscheid über die neue Verfassungsreform festsetzt. In der gleichen Absicht begab sich Premierminister Couve de Murville dieser Tage nach Nordfrankreich. Andere Ministerreisen in die französische Provinz sind vorgesehen. Die Bretagne gilt aber in diesem Zusammenhang als Test.

Unterentwickelt

Bombenanschläge der separatistischen Untergrundbewegung FLB (Bretonische Befreiungsfront) gegen öffentliche Gebäude, insbesondere Steuerämter, Präfekturen und Polizeikasernen bringen seit einiger Zeit die Unzufriedenheit der bretonischen Bevölkerung zum Ausdruck, was aber noch nicht heißt, daß wirklich die meisten Bretonen für eine "nationale Unabhängigkeit" ihrer Provinz sind. Immerhin hat die FLB seit der letzten Verhaftungen an "Ansehen" gewonnen; rund 40 Personen, darunter Priester, Professoren und andere angesehene Persönlichkeiten sollen sich demnächst vor dem Staatssicherheitshof in Paris verantworten.

Unter diesen Umständen soll de Gaulles Bretagnerreise zu einer Kundgebung nationaler Einheit werden. Die absolute Zugehörigkeit der Bretagne zur französischen Staatsgemeinschaft soll demonstriert werden.

Die Revolte in der westfranzösischen Provinz ist nicht neu. In letzter Zeit aber wurde die Unterentwicklung der Bretagne immer untrüglicher. Schon am mangelnden Straßennetz erkennt man die Vernachlässigung der westlichen Departements. Das Lebensniveau liegt tief unter dem französischen Durchschnitt. Zahlreiche Bretonen sind zur Auswanderung gezwungen, die Zurückbleibenden fristen als Kleinbauern, kleine Handwerker oder Fischer ein immer schwächeres Dasein. Unter solchen Umständen haben die verschiedenen Tendenzen des bretonischen Autonomismus, Nationalismus und Separatismus immer leichteres Spiel.

Escalation

Daß es bretonische Autonomisten gibt, weiß man seit langem, man nahm sie aber nicht sehr ernst. Die Öffentlichkeit horcht erst seit den letzten spekulären Sprengstoffanschlägen auf. Die gewalttätige "Widerstandsbewegung" entwickelt sich aber schon seit Jahren in ansteigender Kurve. 1964 wurden Telefonleitungen durchschnitten. 1966 erfolgte ein Anschlag gegen die Unterpräfektur in Saint-Nazaire, das Rathaus von Morlaix wurde von aufständischen Bauern gestürmt und gegen das Steueramt in Saint-Brieuc flogen Brandbomben. 1967 wurden Telefonmasten abgesägt, das Steueramt in Lorient wurde verunstaltet, und im Gefängnis von Rennes explodierte eine Kollernmaschine.

1968 gab es Handgranaten gegen Präfekturen und verschiedene Ämter, schließlich ein Bombenattentat gegen einen Wagenpark der hier stark konzentrierten CRS-Breitschaftspolizei.

Mao auf bretonisch

Die Situation sei "sehr ernst". Wenn ein "bewaffneter Kampf" vermieden werden soll, müßte der "Vertrag" zwischen Frankreich und der Bretagne "revidiert" werden: "Neue Verhandlungen müssen rasch beginnen, sonst würde die Situation explosiv und unabsehbar". Das sagte ein FLB-Chef namens Ned Urvoas 1968 dem Reporter des linksunabhängigen "Nouvel Observateur". Mit anderen Worten: Für die FLB ist die Bretagne nicht mehr Frankreich, sondern hat mit den Franzosen einen "Vertrag", der gebrochen oder neuformuliert werden kann.

Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unterentwicklung und "Kolonisierung" sind die wichtigsten Ursachen einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bretagne. Zahlreiche Betriebe wurden geschlossen. Die Höfen liegen danieder. Die Bauern fühlen sich "verkauft und verraten". Auf solchem Boden gedeiht bretonisch-nationale Propaganda besser denn je.

Lange Zeit stand die Bewegung unter der Führung des relativ gemäßigten MOB (Organisation der Bretonischen Bewegung). Es folgten eine Reihe von radikaleren Gruppen, wie die UDB (Union Demokratischer Bretonen). Sogar Mao und Che Guevara werden ins bretonische übersetzt. Parole: "Für eine freie und moderne Bretagne."

Eumerang?

Und nun schlägt die Stunde der FLB, die ihre Initiatoren absichtlich nach dem Muster der algerischen FLN und ähnlichen Vorbildern wählt. Phantasterei? Jedenfalls begann der Aufstand in Algerien seinerzeit nicht anders als mit Bombenattentaten und Polizei-Expeditionen.

Die französische Regierung antwortete zunächst mit CSR-Truppen. Bauernkundgebungen führten in der Bretagne mehrmals zu Straßenschlachten, die stundenlang, zuweilen tagelang dauerten. Die bretonischen Demonstranten kommen mit Schutzhelmen und Knüppeln, die Polizei antwortete mit Tränengas und Verhaftungen.

Man versuchte es auch mit Totschweigen. So vermied man eine Zeit lang sogar das Wort "Bretagne" und sprach vom "Fernen Westen". Nun scheint man langsam der neuen Gegebenheiten Rechnung tragen zu wollen.

Viele Franzosen sind überzeugt, daß die Entwicklung unaufhaltsam in Richtung größerer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung geht. Ist das nicht im Widerspruch zur europäischen Integration? Auf diesen Einwand erwidern viele Bretonen: "Wir wollen uns gerade im Rahmen eines vereinigten Europa endlich frei entfalten".

Dabei darf man nicht vergessen, daß die Bretonen eine uralte keltische Kultur haben, mit eigener Sprache, Sitten und Traditionen, die seit einigen Jahren wieder aufgefrischt und gepflegt werden. Die neue bretonische Jugend ist höchst selbstbewußt und fühlt sich einem eigenen Volk zugehörig. Unwillkürlich denkt man Quebec. Erntet General de Gaulle jetzt im eigenen Land, was er in Französisch-Kanada gesät hat?